

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 9. Dezember 2010, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Beat Brunner, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates 46
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Thomas Sigrist, Schulpflegepräsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt Rolf Aebi
Holger Czerwenka
Markus Maibach

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 21. Oktober 2010
 - 2.1 Einbürgerung; Gervasoni Verolin Majka, 1982, und Verolin Lorian, geb. 30. August 2009, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 122
 - 2.2 Einbürgerung; Pertoldi Marco, 1963, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Neufeldstrasse 15b
 - 2.3 Einbürgerung; Zabel Solveig-Kristin, 1966, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Friedenstrasse 2
 3. Volksinitiative "Umfassende Blockzeiten mit Teamteaching an den Primarschulen der Gemeinde Wettingen"
 4. Gebührenreglement Bauwesen, Revision
 5. Zusatzvertrag zu Vertrag auf Begründung eines selbstständigen und dauernden Baurechts Trägerhard zwischen der Einwohnergemeinde Wettingen und der Ortsbürgergemeinde Wettingen
 6. Finanz- und Rechnungswesen tägi sport fun kongress
 7. Kreditabrechnung von Fr. 454'859.55 für die Erneuerung und Sanierung Altenburgstrasse, Abschnitt Mythenstrasse bis Zentralstrasse
 8. Kreditabrechnung von Fr. 3'696'681.10 für die Erneuerung der Abwasserkanäle, Werkleitungen und Strassenwiederinstandstellung der Zelg-, Acker- und Rebhaldenstrasse sowie der Schartenstrasse
 9. Kreditabrechnung von Fr. 127'631.10 für die Durchführung der Tour de Suisse in Wettingen (Etappenort Ziel und Start) vom 15. und 16. Juni 2010)

10. Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 24. Juni 2010 betreffend Ausdehnung Öffnungszeiten Hallenbad Tägerhard
11. Interpellation Thomas Meier, CVP, vom 9. September 2010 betreffend Wohnen im Alter in Wettingen

0. Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 21. Oktober 2010, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.b Neueingänge

0.b.a Postulat Marie Louise Reinert betreffend Wettingen bleibt Grün

Antrag:

Der Gemeinderat wird ersucht, Massnahmen zu prüfen, die geeignet sind, die Elemente "Garten" und "Grünflächen" in der Gemeinde zu schützen, zu pflegen und zu erweitern.

Massnahmen könnten insbesondere sein:

- Sicherstellung der Begrünung der Siedlungsachsen durch ein Konzept, dies rechtzeitig vor der Sanierung von weiteren Strassenabschnitten, damit die Realisierung der städtebaulichen Akzente und Strukturen in den einzelnen Sanierungsschritten möglich ist
- Planung von grünen Lungen für die Zukunft auf dem ganzen Gemeindegebiet, bezogen auf die Dichte der Besiedlung
- Im Rahmen der Erneuerung der Bau- und Zonenordnung: Verpflichtung/Ermunterung von Bauherren zu einer anteilmässigen Aussparung von Grünflächen und deren Gestaltung im Sinne naturnaher Bepflanzung
- Beratung von Bauherren und andern Privaten bei der naturnahen Gestaltung der Umgebung, vor allem von Mehrfamilienhäusern und Geschäftshäusern
- Unterstützung von Bewohnern, die einen Garten besitzen und pflegen
- Ausrichtung der gemeindeeigenen öffentlichen Anlagen auf naturnahe Bepflanzung und Biodiversität
- Gezielter Schutz von "naturbelassenen Rändern"

Begründung:

1. Im Finanzplan 2010 bis 2014 sind zahlreiche Strassenerneuerungsprojekte aufgelistet (Nummern 603 bis 627). Sie alle werden Kreditvorlagen über ausgearbeitete Tiefbauprojekte nötig machen. Im Zeitpunkt, in dem diese

vorliegen, ist es zu spät, über Details zu sprechen. Ich erinnere an den Antrag der Faktion EVP/Forum 5430 zur Gestaltung des Zentralstrassenraumes mit Bäumen, der abgelehnt wurde mit der Begründung, es liege noch kein Konzept dafür vor. (Sitzung des Einwohnerrates vom 9. September 2010). Diese Strassenerneuerung wird die Verhältnisse für die nächsten 30 Jahre zementieren. Ein Konzept danach ist obsolet.

2. Das Leitbild der Gemeinde bezeichnet Wettingen als Gartenstadt, die Standortförderung operiert mit Wettingen als "grünem Dorf". Um diese Werbeaussagen einzulösen, sind geeignete Massnahmen nötig, soll nicht die Entwicklung aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen und im Zuge der gewünschten Verdichtung die grünen Elemente massiv zurückdrängen und zum Verschwinden bringen.

Zitate aus dem Leitbild vom 15. Januar 2009:

unter allgemeine Zielsetzungen für Wettingen: "Verbesserung der Qualität der Aussenräume (öffentliche/halböffentliche/private).

Der bestehende Grüncharakter soll nach Möglichkeit und unter Berücksichtigung der planerischen Grundsätze und Gesetze erhalten werden."

Aus diesen Feststellungen sind geeignete Schlüsse zu ziehen. Die Attraktivität Wettingens besteht in der hohen Wohnqualität. Diese soll erhalten und gefördert werden, nicht nur in den "wertvollsten Teilen der Gartenstadt".

3. Die Gefahr besteht, dass mit dem Tempo der Veränderungen die planerischen Vorgaben und Massnahmen zu spät kommen:

Folgende Postulate gingen in die Richtung dieser Ziele und liegen Jahre zurück: 2004 Postulat Marco Kaufmann betreffend die Erarbeitung eines Grünflächen- und Freiraumkonzeptes für die Gemeinde. Das städtebauliche Leitbild enthält dieses Konzept nicht.

2006 Postulat Charles Meier betreffen Erhaltung Wettingen als Gartenstadt.

4. "Sicher ist: Stadtgrün macht glücklich!" – Zitat NZZ 23. Juni 2010, Seite 56, Karin Leydecker über die Ausstellung "Stadt-Grün" in Frankfurt bis 22. August 2010

5. Der "Städtebauliche Entwicklungsbericht" von Feddersen und Klostermann vom Dezember 1990 liefert für das Anliegen deutliche Grundlagen:

- Er geht aus von Topografie und Landschaft.
- Er unterstreicht die Bedeutung der gemeindeeigenen Grundstücke für die Gestaltung des öffentlichen Raumes und des Siedlungsbildes.
- Er beschreibt die vier Siedlungsraumachsen, die für die Vernetzung der Grünräume, Grünareale und Parkanlagen grundlegend sind:
 - Er definiert die Landstrasse als Einkaufsmeile.
 - Er definiert die Zentralstrasse als durch öffentliches und privates Grün gestalteten Strassenraum.
 - Er zeichnet einen Fussweg am Lägernfuss von Baden zum Eigi.
 - Er akzentuiert die zwei historischen diagonalen Fusswegverbindungen: den Weg vom alten Dorfkern zum Tägerhard als Spiellinie und die Altenburgstrasse gegengleich.
- Diese genannten Achsen bilden Siedlungs- und Landschaftskammern.
- Diese Kammern bestimmen durch ihre Ränder das Ortsbild.

- Das Grünraumnetz ist die eigentliche städtebauliche Komponente für das Ortsbild.
- Er spricht von "Vorbegrünung" in den unbebauten Gebieten.
- Er legt Wert auf die Gestaltung der Ränder von Siedlungs- und Landschaftskammern.
- Er markiert mit deckender Schraffur einen Grünzug vom Furttal dem Lugibach entlang über den Cheibegrabe zur Limmat.

0.b.b Interpellation SVP Fraktion vom 9. Dezember 2010 betreffend Ausschaltung des Einwohnerrates bzw. des Stimmvolkes bei Kreditbeschlüssen, insbesondere im Verkehrsmanagement Baden-Wettingen

1. Letztmals an der Einwohnerratssitzung vom 9. September 2010 hatte der Einwohnerrat über eine Kreditvorlage in Höhe von 3,968 Millionen Franken betreffend Sanierung Zentralstrasse von Staffelstrasse bis Schönaustrasse zu befinden. Man kann sich bei dieser Kreditsumme des Eindrucks nicht erwehren, dass sie mit Absicht um lediglich 32 000 Franken (0.8 %) unter die einwohnerrätliche Kompetenzlimite von 4 Millionen Franken gedrückt wurde, um so eine Mitsprache des Volkes via fakultatives Referendum von vornherein auszuschliessen.
2. Der Gemeinderat hat sich für ein analoges Vorgehen beim Verkehrsmanagement Baden-Wettingen entschieden, indem für dieses zusammenhängende Projekt im Finanzplan + Investitionsprogramm 2010 - 2014 Beträge von insgesamt 5,063 Millionen eingesetzt sind, die über mehr als 5 Jahre verteilt werden. Allein die für die Jahre 2013 und 2015 vorgesehene Busbevorzugungs-Lichtsignalanlage Märzengasse soll 1.29 Millionen kosten, das für 2013 eingeplante Lastwagen-Fahrverbot auf der Schartenstrasse wiederum ist nicht unter 360 000 Franken zu haben.

Nachdem der Grosse Rat diesen Herbst das Verkehrsmanagement Baden-Wettingen genehmigt hat, gelangt dieses 50 Millionen-Projekt demnächst in den betroffenen Gemeinden inklusive Wettingen zur Umsetzung.

3. Der Gemeinderat wird ersucht, die im Finanzplan 2010 - 2014 eingesetzten Projektbeträge für das Verkehrsmanagement Baden-Wettingen in einer einzigen Kreditvorlage zusammenzufassen und so die geltenden Regelungen betreffend Kompetenzlimiten des Einwohnerrates zu respektieren und die Mitspracherechte der Bevölkerung nicht von vornherein zu umgehen.

Begründung:

1. Die Verwaltungen auf allen Stufen haben die Tendenz, sich auf Kosten der Parlamente und der Bevölkerung immer mehr Kompetenzen zuzuschancen. Via Kompetenzdelegationen wird das Mitspracherecht der Parlamente wie der Stimmbürgerschaft in Gemeinden und Kanton sukzessive ausgehöhlt.
2. Das Verkehrsmanagement umfasst nicht nur Kredite für bauliche und verkehrstechnische Massnahmen. Es ist darüber hinaus so etwas wie eine regionale Verkehrsverfassung, welche regelt, wie lange die Spiesse der verschiedenen Verkehrsträger sein dürfen. Unter anderem basiert das

Verkehrsmanagement Baden-Wettingen auf dem Grundsatz, dass dem öffentlichen Verkehr generell Priorität einzuräumen ist. Per Saldo besteht denn auch das VM Baden-Wettingen primär aus sogenannten Pfortner-Anlagen, mit welchen der Busverkehr bevorzugt und der künstlich gestaute Privatverkehr in den Aussenbezirken der Vororte von Baden zurückgehalten wird und nur tropfenweise ins Zentrum weiterfahren darf.

Nach unserer Auffassung wird der Privatverkehr im VM Baden Wettingen als subsidiäre Grösse behandelt, als angebliches im Vergleich zum öffentlichen Interesse minderwertiges Privat-Interesse, dem man beliebige Erschwernisse in den Weg legen darf. Mit dieser Methode werden dem Privatverkehr, der indirekt auch den ÖV mitfinanziert, hohe Zusatzkosten (Wartezeiten von Fahrzeugen und Personen) auferlegt. Diese Staukosten werden dann auf eidgenössischer Ebene dazu missbraucht, dem MIV (motorisierter Individualverkehr) zusätzliche Steuerlasten aufzubürden.

3. Die betroffene Bevölkerung hatte bisher zum VM Baden-Wettingen noch nie etwas zu sagen, auch der Wettinger Einwohnerrat nicht. Unsere Bevölkerung ist der Baden-Regio lediglich gut genug, um die hohen Kosten von ca. 50 Millionen via Steuerleistungen zu berappen und sich damit abzufinden, dass in der kantonalen und regionalen Verkehrspolitik der Privatverkehr zu zahlen, im Übrigen aber zu Schweigen hat. Dieser Sachverhalt ist unseres Erachtens ebenso unzumutbar wie undemokratisch.

Schon vor Jahren haben wir - leider umsonst - den Einbezug von Einwohnerrat und Bevölkerung bei der regionalen Verkehrsplanung bzw. dem nun ausführungsfähig entwickelten VM Baden-Wettingen gefordert. Zur Beruhigung der Gemüter hat dann der Gemeinderat zum Leitbild Verkehr 2005 vor einigen Jahren eine "Begleitkommission Leitbild Verkehr" eingesetzt. Diese Kommission hat jedoch lediglich 2-3 Mal getagt und erfreute sich seit Jahren und insbesondere in der Phase der Entscheidung eines Mauerblümchen-Daseins. Das gleiche gilt für das Verkehrsforum Baden, das nur in der Phase der Konzeptwahl funktionierte, bei der Entscheidung aber gleichermassen ausgeschaltet worden ist.

Auch die für Verkehrsbelange zuständige einwohnerrätliche Verkehrskommission wird nur bei Detailproblemen, wie der Platzierung von Fussgängerstreifen, Parkplatz-Aufhebungen u.a.m., konsultiert, aber nie zur Entscheidung von grundsätzlichen Fragen wie dem VM Baden-Wettingen, beigezogen und angehört.

0.c Rücktritt Cornelia Arnold

Der Präsident verliest das Rücktrittsschreiben von Cornelia Arnold und verdankt die Arbeit im Einwohnerrat, verbunden mit den besten Wünschen für die Zukunft.

Esther Elsener Konezciny: Dies ist deine letzte Einwohnerratssitzung. Du warst eine lange Zeit aktiv in der Politik. Du konntest deine Anliegen jeweils gut vertreten, insbesondere der Gesundheitspolitik, der Sozialpolitik. Aber auch für die ältere Generation hast du dich eingesetzt. Dies wirst du auch in der Kommissionsarbeit weiterführen. Du hast die Fraktionssitzungen bereichert mit deiner bodenständigen Art zu politisieren und deinem Sinn für die Realität. Ich habe dies immer sehr geschätzt. Wir werden dich vermissen, auch deine Erfahrungen in den anderen Tätigkeiten der Politik. Wir haben es gehört, du wirst aktiv bleiben. Wir wissen aber auch, dass du dich auf mehr Zeit für dich freust. Damit es dir nicht langweilig wird, überreichen wir dir ein kleines Präsent. Vielen Dank für alles.

1. **Protokoll der Sitzung vom 21. Oktober 2010**

Das Protokoll der Sitzung vom 21. Oktober 2010 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

2. **Einbürgerungen**

2.1 **Einbürgerung; Gervasoni Verolin Majka, 1982, und Verolin Lorian, 2009, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 122**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 44 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

2.2 **Einbürgerung; Pertoldi Marco, 1963, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Neufeldstrasse 15b**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 44 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

2.3 **Einbürgerung; Zabel Solveig-Kristin, 1966, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Friedenstrasse 2**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 44 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

3. **Volksinitiative "Umfassende Blockzeiten mit Teamteaching an den Primarschulen der Gemeinde Wettingen"**

Christian Wassmer, Vertreter Finanzkommission: Am 18. Juni 2010 hat die IG Blockzeiten Wettingen die Initiative eingereicht mit 1'790 gültigen Unterschriften. Sie fordert auf Schuljahr 2011/12 die Einführung von umfassenden Blockzeiten mit Teamteaching an den Primarschulen Wettingen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat der Volksinitiative im Sinne einer allgemeinen Anregung zuzustimmen und den Auftrag zu erteilen, bis Herbst 2011 auf der Basis der Vernehmlassungsvorlage und von deren Ergebnisse eine Vorlage auszuarbeiten. Für Details verweise ich auf die Vorlage. Die Arbeitsgruppe Tagesstrukturen hat ihre Arbeit zu Beginn dieses Jahres aufgenommen und wurde im Juni 2010 mit Vertretern aller Fraktionen erweitert. Als Mitglied der erweiterten Arbeitsgruppe kann ich bestätigen, dass unter Hochdruck und grossem Aufwand eine praktikable Variante für die Einführung von umfassenden Blockzeiten ausgearbeitet wurde. Finanziell muss mit wiederkehrenden Kosten von rund Fr. 250'000.00 für zusätzliche Lohnkosten für Zusatzlektionen sowie für Materialkosten für diese Lektionen gerechnet werden. Für kleinere infrastrukturelle Anpassungen wurden vorerst Fr. 25'000.00 budgetiert. Zusätzlicher Schulraum wurde nicht berechnet, da aufgrund der damaligen Aussagen die Situation im Altenburg und Margeläcker als unkritisch und im Dorf als zwar kritisch, aber mit improvisierten Lösungen machbar beurteilt wurde. Es wurde aber sehr schnell klar, dass die Raumsituation vertieft abgeklärt werden muss. Das wurde auch an der Infoveranstaltung am 1. September 2010 bestätigt. Leider ging aber nie ein konkreter Auftrag an die Schulleitungen, dies auch auszuarbeiten. Viele Arbeitsgruppenmitglieder haben sich deshalb enttäuscht geäussert, dass in diesem Punkt bis zum heutigen Tag nicht eindeutig Klarheit geschaffen wurde. Fakt ist nun aber, dass die umfassenden Blockzeiten nicht auf das Schuljahr 2011/12 wie gefordert eingeführt werden können. So schade dies aus meiner persönlichen Sicht ist, so gibt es allen Beteiligten Zeit, sich

seriös auf die Veränderungen vorzubereiten. Für eine seriöse Abklärung ist es nun wichtig, dass für das Schuljahr 2011/12 alle Schulkreise neben dem ordentlichen Stundenplan auch einer für die Einführung der grossen Blockzeiten erarbeitet wird. Die realistische Gegenüberstellung der beiden Stundenpläne erlaubt konkrete Folgerungen insbesondere auf die sehr wichtige Raumfrage zu ziehen. In der künftigen Vorlagen müssen die Raumkosten verursachergerecht ausgewiesen werden. Weil die Schulraumplanung eigentlich festhält, dass in den nächsten Jahren mit mehr Kindern zu rechnen ist – mehr Schulklassen heisst mehr Raumbedarf – muss dies separat ausgewiesen werden und nicht alles den Blockzeiten angelastet werden. Die Vernehmlassung hat gezeigt, dass in allen Fraktionen eine grosse Zustimmung zu den Blockzeiten vorhanden ist. Fragen lösen aber die Raumfragen aus. Wichtig erscheint mir, dass sich die Initiantinnen mit dem Vorschlag der Arbeitsgruppe zur Einführung von umfassenden Blockzeiten im Grundsatz einverstanden erklären. Sie akzeptieren eine mögliche Verschiebung des Einführungszeitpunktes auf spätestens Schuljahr 2012/13. Sie werden bei Zustimmung des Einwohnerrates heute Abend zur Volksinitiative im Sinne der allgemeinen Anregung keine weiteren Schritte unternehmen für eine vorzeitige Einführung. Diese Haltung wurde mit dem Pressecommuniqué vom 15. November 2010 dokumentiert. Es ist wichtig und richtig, jetzt den politischen Willen für grosse Blockzeiten mit der Annahme der Volksinitiative im Sinne einer allgemeinen Anregung klar kundzutun und eine Basis vor Detailabklärungen zu legen. Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den beiden Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Martin Egloff: Unsere Fraktion unterstützt die Einführung von Blockzeiten an der Primarschule grundsätzlich. Schade, dass über die uns sehr wichtigen Aspekte wie Raumbedarf und Kosten im uns heute vorliegenden Geschäft keine näheren Angaben gemacht werden. Im Bauwesen wird in einer Projektstudie meistens mit einer Grobkostenschätzung gearbeitet (+/- 25 %). Damit können Grundsatzentscheide relativ früh gefällt werden. Wir wären froh gewesen, wir hätten diese Angaben gehabt. Unsere Fraktion unterstützt das Geschäft. Wir erwarten eine unkomplizierte Umsetzungsvorlage. Sollten die Kosten und der zusätzliche Raumbedarf im Herbst 2011 massiv von den ursprünglichen Angaben abweichen, müssten wir den definitiven Entscheid nochmals in der Fraktion diskutieren.

Esther Elsener Konezciny: Die Fraktion SP/WettiGrünen unterstützt auch den Antrag des Gemeinderates, der Volksinitiative „Umfassende Blockzeiten an den Primarschulen Wettingen mit Teamteaching“ zuzustimmen. Die Fraktion unterstützt auch den gemeinderätlichen Antrag, eine Vorlage zur Einführung und Realisierung für grosse Blockzeiten im kommenden Jahr zu unterbreiten, auf der Basis des bereits vorliegenden Entwurfes, welcher in der Vernehmlassung war. Die Vernehmlassungsvorlage stoss auf ein positives Echo. Es ist uns wichtig, dass auch wirklich damit weitergearbeitet wird. Den angekündigten Antrag der CVP wird unsere Fraktion ablehnen. Heute geht es unserer Meinung nach explizit um die Volksinitiative „Umfassende Blockzeiten“ im Sinne des Volkswillens und es geht darum, dass der Gemeinderat den Auftrag erhält, eine Vorlage zur Einführung von grossen Blockzeiten zu erarbeiten. Heute und jetzt geht es nicht um familienergänzende Kinderbetreuung. Das ist auch nicht Gegenstand der Initiative. Deshalb werden wir dem Zusatzantrag nicht zustimmen. Wir möchten allerdings zum Zeitplan einen Antrag stellen. Die Fraktion möchte, dass die Vorlage zur Einführung und Realisierung der Blockzeiten dem Einwohnerrat nicht erst im Herbst, sondern bereits im Frühling 2011, spätestens im Mai 2011, vorgelegt wird. Wir möchten damit erreichen, dass es möglichst viel Zeit gibt für die mögliche Umsetzungsphase. Wir glauben, dass dies sehr wichtig ist. Man soll nun zügig an die Arbeit gehen, den Inhalt der Initiative umzusetzen und die bereits geleistete Arbeit zu berücksichtigen. Die Schulpflege hat beste Kenntnisse über die Schulraumsituation, die Schulraumplanung haben wir schon lange vor uns.

Sie hat bestens Kenntnisse über die jetzige und zukünftige Kinderzahlen und die eingesetzte Arbeitsgruppe hat bereits viel Arbeit geleistet. Deshalb sind wir überzeugt, dass ein früherer Zeitpunkt für die Vorlage möglich ist. Unser Antrag sieht so aus, dass wir Punkt 1 des gemeinderätlichen Antrages belassen und bei Punkt 2 folgendermassen ändern möchten: „Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis Frühling 2011, spätestens Mai 2011, auf der Basis der Vernehmlassungsvorlage/-ergebnisse eine Vorlage zur Einführung grosser Blockzeiten auf das Schuljahr 2012/2013 zu unterbreiten.“ Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen und damit dieser Initiative, die immerhin von über 1'700 Personen unterschrieben wurde, Gewicht und Wichtigkeit beizumessen.

Daniela Briner: Die SVP-Fraktion wird der Volksinitiative für umfassende Blockzeiten mit Teamteaching an der Primarschule im Sinne einer allgemeinen Anregung ebenfalls zustimmen. Auch ist die SVP-Fraktion mit der Einführung der umfassenden Blockzeiten, wie sie in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagen wurde, grundsätzlich einverstanden. Wichtig ist es aber abzuklären, welche Infrastrukturen die Einführung der Blockzeiten benötigt. Insbesondere der Raumbedarf muss eingehend abgeklärt sowie die weiteren Auswirkungen wie stundenplantechnische Auswirkungen oder Koordination mit der Musikschule. Es ist wichtig, dass diese Abklärungen nun getätigt werden. Uns erscheint auch der Zeitpunkt richtig, dass der Gemeinderat bis Herbst 2011 diese Abklärungen trifft, die dem Einwohnerrat als Entscheidungsgrundlagen dienen.

Helen Suter: Die Fraktion EVP/Forum 5430 unterstützt die beiden Anträge des Gemeinderates. Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, Blockzeiten einzuführen. Betreffend Zeitplan sehen wir es so, dass die Abklärungen bis Herbst 2011 gemacht werden sollten, da die Stundenplaner auch erst in Kürze ihre Arbeit aufnehmen werden. Es ist einfacher, einen doppelten Stundenplan gleichzeitig zu erstellen. Der Aufwand wäre zu gross, mit dem diesjährigen Stundenplan die Raumsituation zu klären.

Christian Wassmer: Ich habe mich bereits als Mitglied der Finanzkommission zur Vorlage geäussert und möchte nun die CVP-Fraktionsmeinung erläutern und einen Zusatzantrag stellen. Wir stimmen der Volksinitiative in der rechtlichen Beurteilung als allgemeine Anregung zu. Eine Mehrheit der CVP-Fraktion ist für die Einführung von grossen Blockzeiten, dies allerdings unter der Voraussetzung dass der dazu erforderliche Schulraum bereits heute vorhanden ist. Da diese Frage bisher nicht eindeutig geklärt werden konnte, ist die Verschiebung um 1 Jahr richtig. Es wird auf Herbst 2011 eine seriöse Vorlage des Gemeinderates erwartet. Falls die Detailabklärungen zeigen, dass zusätzlicher Schulraum für die Einführung grosser Blockzeiten erforderlich ist, so sind konkrete Massnahmen aufzuzeigen, inkl. der Kostenfolge. Bei den anstehenden Abklärungen sollen alle unterdessen belegten Räume einbezogen werden, Schülerzahlentwicklungen wie auch die mögliche Systemumstellung auf 6/3 sind dabei zu berücksichtigen. Ebenso die Auswirkungen auf die Oberstufe, insbesondere auf die Turnhallen- und Schwimmbadbelegungen. Ein endgültiger Entscheid über die Einführung von grossen Blockzeiten ist erst nach Vorliegen von der Vorlage im Herbst 2011 und in Kenntnis von den erforderlichen Massnahmen und Kostenfolgen möglich. Kritisch hinterfragt wird in der CVP auch der Nutzen von der Einführung grosser Blockzeiten für das Kind, während der Nutzen für die Eltern absolut unbestritten ist. Viel Lektionen können ein Kind überfordern, was stundenplantechnisch bei der Verteilung der Lektionen zu berücksichtigen ist. Halbklassen sind wichtig für die individuelle Förderung des Kindes und sollen so wenig wie möglich reduziert werden. Wir stimmen dem Antrag zur Beauftragung des Gemeinderates zur Ausarbeitung einer Vorlage zu. Nicht einverstanden sind wir jedoch mit der in der Vernehmlassung skizzierten Ausdehnung der Betreuungsstunden.

Mit der Einführung der grossen Blockzeiten fordern wir eine Abkehr von der Randstundenbetreuung. Eine Mehrheit ist gegen die Einführung der Frühbetreuungsstunde von 7 bis 8 Uhr. Dies weil sie unserer Meinung nach dem Wohl des Kindes widerspricht und weil eine wirtschaftliche Machbarkeit mit einer einzigen Arbeitsstunde am frühen Morgen und einer Pause bis zum Mittagstisch als sehr kritisch beurteilt wird. Es dürfte schwierig werden, dafür Mitarbeitende zu finden. Die Möglichkeit, das Angebot nur an 1 oder 2 Standorten anzubieten, wird als nicht praktikabel beurteilt. Ebenso ist eine grosse Mehrheit gegen die Randstundenbetreuung nach Schulschluss. Dies betrifft nicht nur eine Verlängerung bis 18 Uhr, sondern auch die heutige Stunde am Nachmittag von 15.30 bis 16.30 Uhr. Diese soll mit der Einführung der grossen Blockzeiten abgeschafft werden. Eine Minimalzahl von 6 Kinder pro Betreuungsstunde und Standort kann nicht erreicht werden. Die heutige Nutzungszahlen für die Randstundebetreuung sind derart gering, dass nicht von einem echten Bedürfnis gesprochen werden kann. Die einzige Randstunde vor dem Mittag, welche besser genutzt wird, entfällt mit der Einführung von grossen Blockzeiten. Generell ist Ganztagesbetreuung nicht Sache der Gemeinde bzw. von der Schule. Durch die Einführung von grossen Blockzeiten und die Ausdehnung des Mittagstisches am Mittwoch erweitert sich die mögliche Betreuung an den Schulen von 8 Uhr bis 13.30 Uhr durchgehend von Montag bis Freitag und sogar von 8 bis 15.15 Uhr an Tagen mit Nachmittagsschulstunden. Die vor 4 Jahren beschlossene Randstundenbetreuung kann somit wieder rückgängig gemacht werden. Mit der Abkehr der Randstundenbetreuung hin zu einer pädagogischen Lösung möchten wir den Systemwechsel vollziehen mit Einführung von Blockzeiten. Weg von reiner Randstundenbetreuung, hin zu einer pädagogisch sinnvollen Betreuung mit gleichzeitig hoher Planungssicherheit für die Eltern. Im Gegensatz zur Randstundenbetreuung entspricht der Mittagstisch einem klar ausgewiesenen Bedürfnis. Er stellt die durchgehende Betreuung sicher. Die Einführung von grossen Blockzeiten hat unweigerlich Auswirkungen auf das heutige Randstundenbetreuungsangebot. Wir fordern deshalb die gleichzeitige Anpassung der Randstundebetreuung mit der Vorlage, die im Herbst 2011 unterbreitet werden soll. Deshalb unser folgende Zusatzantrag: „3. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat zeitgleich mit der Vorlage zur Einführung grosser Blockzeiten auf das Schuljahr 2012/13 die Änderung des Konzeptes zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen zu unterbreiten.“ Ich möchte anmerken, dass es nicht um die Ausdehnung von ausserfamiliärer Tagesstrukturen rund um die Uhr und Ferien etc. geht, falls dies allenfalls ein Missverständnis von Seiten der SP war. Den Antrag der SP werden wir ablehnen, da wir nicht die Katze im Sack kaufen wollen. Wir wollen im vollen Wissen um die Kostenfolgen entscheiden können, im Herbst bei Vorliegen der Vorlage für die Einführung der Blockzeiten inkl. allfälligem zusätzlichem Schulraum.

Leo Scherer Kleiner: Wir haben das Initiativbegehren auf dem Tisch. Es ist klipp und klar: es will die grossen Blockzeiten an den Primarschulen einführen. Mehr nicht. Nach den gesetzlichen Vorschriften und den demokratischen Spielregeln haben wir drei Möglichkeiten: 1. Wir können die Vorlage annehmen und somit gleichzeitig den Gemeinderat beauftragen, eine Vorlage entsprechend dem Inhalt der Initiative auszuschaftern. 2. Wir können die Vorlage ablehnen und dann gibt es eine Volksabstimmung über die Initiative. 3. Wir könnten einen Gegenvorschlag unterbreiten. Ich habe aber von einem Gegenvorschlag nichts gehört, sondern nur Zusatzanträge, die die Initiative inhaltlich erweitern möchten, die vom Gegenstand her nicht in der Initiative inbegriffen sind. Ich möchte klar im Sinne eines Ordnungsantrages beantragen, dass man auf den Zusatzantrag der CVP nicht eintreten. Ich möchte auch klar ankünden, wenn auf die Initiative weitere Inhalte „geladen“ werden, dass ich mich in meinem Recht, mich unmissverständlich und eindeutig zu diesem Initiativbegehren äussern zu können, verletzt fühle und eine Stimmrechtsbeschwerde machen werde

und abklären lasse, ob dieses Vorgehen rechtens ist. Ich bin ganz klar der Meinung, dass es nicht zulässig ist. Es gibt drei Möglichkeiten: Annehmen, ablehnen oder Gegenvorschlag. Aber keine Zusatzanträge mit Inhaltänderungen des Initiativtextes. Ich möchte die CVP auffordern, den Antrag zurückzuziehen, eine Motion oder ein Postulat zu machen mit dem gleichen Ziel. Dann können wir dies in einem separaten Geschäft aushandeln, aber nicht an diesem Geschäft, an dieser Volksinitiative anzuhängen. Vergessen Sie bitte nicht, dies ist ein Volksrecht, damit können wir nicht beliebig umgehen. Das Gesetz sagt, was mit einer Volksinitiative zu machen ist.

Christine Meier Rey: Ich möchte gerne Bezug nehmen auf der inhaltlichen Ebene zum Votum von Christian Wassmer. Es wurde gesagt, das Kindeswohl stehe im Vordergrund. Ich bin sehr froh, dass hier das Kindeswohl im Vordergrund steht. Christian Wassmer hat auch gesagt, die Kinder seien überfordert, bei grossen Blockzeiten 4 Stunden in die Schule zu gehen. Aus meiner Erkenntnis aus der Wissenschaft der Pädagogik kann ich mit gutem Gewissen sagen: die Kinder sind unterstützt, wenn sie en bloque in einer festen Struktur die Schule besuchen können von morgens 8 bis 12 Uhr oder wie auch immer. Ich möchte wirklich die Begründungen aus erziehungswissenschaftlicher Sicht, welche mein Metier ist, anbringen. Mir liegen nicht nur die Forschungsergebnisse aus Wettingen, sondern eben auch vom Aargau, von der Schweiz und von Europa belegen kann. Das Kindeswohl ist dann gewährleistet, wenn die Kinder sich in der Schule wohlfühlen können, wenn sie gut betreut sind. Hier sind unsere Lehrerinnen und Lehrer in Wettingen gefordert und sie machen ihren Job gut. Sie können ihren Job auch gut machen, wenn sie grosse Blockzeiten vertreten.

Vizeammann Heiner Studer: Zuerst bedanke ich mich für die positive Aufnahme der Vorlage. Der Grundsatz „Umfassende Blockzeiten“ scheint breite Abstützung zu haben. Auch zeigen die Voten, dass das durch die Arbeitsgruppe erarbeitete Konzept für umfassende Blockzeiten ein gutes Konzept ist. Ich möchte jedoch trotzdem etwas zu folgendem sagen: Sie sagen, Sie sind parat, im Grundsatz Ja zu sagen und lassen sich aber alle Türen offen. Es geht hier auch darum, dass die Initiantinnen eine gewisse Sicherheit haben, wenn das Resultat abhängig ist von der Arbeit der Arbeitsgruppe. Ich kann versichern, dass der Gemeinderat rechtzeitig die Vorlage vorlegen wird. Die eigentliche Vorlage muss nicht mehr gross verändert werden. Er wird rechtzeitig die Konsequenzen, was den baulichen Teil betrifft, unterbreiten. Warum, und diesen Punkt nehme ich bewusst auf mich, warum hat man im Rahmen der Vernehmlassung, was die Raumsituation betrifft, nicht detailliertere Informationen aufgrund der Stundenplangestaltung vorgelegt? Ich habe mich im Rahmen dieses Verfahrens von den Stundenplanern und der Schulpflege überzeugen lassen, dass wenn man möglichst nahe und genaue Zahlen möchte, es die sinnvollste und wirkungsvollste Lösung ist, nächsten Frühling zum ordentlichen Stundenplan einen Parallelstundenplan für die Blockzeiten unter den gleichen Voraussetzungen zu machen. So sieht man an diesen aktuellsten Zahlen, wo sind die räumlichen Fragen. Das ist der zentrale Grund, dass wir gesagt haben, dann macht es Sinn, dass parallel der Stundenplan erarbeitet wird. Dies betrifft auch eine andere Arbeitsgruppe der Schule, welche die Schulraumplanung parallel klärt; dabei geht es um den weiteren Schulraum, welcher aufgrund der zusätzlichen Schülerinnen und Schüler nötig ist. Dies gibt uns die Möglichkeit, dem Einwohnerrat die Blockzeitenvorlage zu unterbreiten und separat die baulichen Auswirkungen, damit ausgewiesen werden kann, welcher Teil welche Raumbedürfnisse verursacht. Parallel muss man so oder so, unabhängig von einer allfälligen Zustimmung zum heutigen CVP-Antrag, gleichzeitig die Abänderung des Konzeptes der Tagesstrukturen vorlegen. Die Blockzeitenvorlage bedingt ja, dass auf jeden Fall die Tagesbetreuung geändert werden muss. Zu diesem Entscheid haben wir zwar eine Vernehmlassung gemacht, aber Gemeinderat und Schulpflege haben materiall dazu keine Stellung bezogen. Wenn Sie einverstanden sind, dass der CVP-Antrag angenommen wird und der Gemeinderat gleichzeitig die Vorlage

Tagesstrukturen vorlegt, heisst das nicht, dass inhaltlich Änderungen vorgenommen werden, sondern nur, dass man es formal gleichzeitig wissen muss. Denn auch der Verein Tagesstrukturen als Partner muss vor Ende des nächsten Jahres wissen, wo die Leistungsvereinbarung im 2012 steht. Wie immer Sie es machen, wir müssen Klarheit haben, auch über die Folgen, die den Verein Tagesstrukturen betreffen. Wir haben die Vernehmlassungsvorlage gehabt, aber materiell geht es heute nicht um das. Materiell kann es heute nur darum gehen, was im Zusammenhang mit der Volksinitiative steht. Sie sind auch nicht aufgefordert zu diesen Fragen, sondern dazu, ob dies wirklich die richtige allgemeine Anregung ist, weil die Initiative ja Elemente enthält, die konkret sind. Wenn man die Initiative nicht im Sinne der allgemeinen Anregung behandelt hätte, dann hätten wir sie nicht einfach dem Volk unterbreitet, sondern hätten vermutlich einen Gegenvorschlag gemacht, der zwar den Grundsatz, aber die Frage des Teamteachings und des Termins nicht mehr enthalten würde. Hätten wir dies gemacht, wären wir gleichweit resp. die Abstimmung müsste am 13. Februar 2011 stattfinden. Jetzt ist es klar, dass Sie, wenn Sie den beiden Anträgen des Gemeinderates zustimmen, relativ viele Pfähle setzen, die gar nicht viel Flexibilität bieten, sondern dem Gemeinderat den Auftrag geben, im folgenden Rahmen eine Vorlage zu machen: dass die Vernehmlassungsvorlage gut anerkannt ist, dass man diese optimal umsetzt, dass man selbstverständlich nur den Schulraum, den es effektiv dazu braucht, schafft. Dies soll aber nicht als Killerargument gebraucht werden. Das heisst aber auch, dass wir dem Antrag der SP nicht zustimmen, weil die Vernehmlassung gezeigt hat, dass die Mehrheit, umgerechnet auf den Einwohnerrat, gleichzeitig mit der Vorlage die Aufzeigung der baulichen Konsequenzen fordert. Es ist ein anderes Vorgehenskonzept der SP, welches ich durchaus verstehen kann. Unseres ist das, dass man ein fertiges Konzept mit den baulichen Konsequenzen und den Konsequenzen für die Tagesstrukturen vorlegen möchte. Der Einwohnerrat kann so gleichzeitig parallel zu allem Stellung nehmen in Kenntnis der Sache. Das andere Konzept wäre das, dass man im Frühling über die Tagesstrukturen entscheidet, aber im Herbst trotzdem über eine Bauvorlage entscheiden müsste. Zeitlich würden wir nichts gewinnen, weil es in beiden Fällen um die Einführung im Sommer 2012 geht. Der politische Wille ist uns wichtig. Die Initiantinnen haben zu Recht gesagt, sofern der politische Wille klar ist, dass die Vorlage so rechtzeitig kommt, dass sie auf Sommer 2012 umgesetzt werden kann, ist es so machbar. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie den Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Stimmen Sie dem CVP-Antrag zu, sind wir einverstanden. Aber wie gesagt, formal und nicht materiell mit den Ausführungen. Dazu haben wir selbstverständlich nicht Stellung zu nehmen.

Patrick Bürgi: Leo Scherer Kleiner, ich bin ziemlich erstaunt über Ihr juristischen Verständnis, welches Sie vorhin geäussert haben. Ich denke, es ist auch völlig falsch, weil es nicht zu Ende gedacht ist. Wir haben nie einen Antrag gestellt, der Ziffer 1 dieser Vorlage in irgend einer Form tangieren soll. Es kommt auch dazu, dass wir heute nicht der Initiative zustimmen, sondern wir stimmen der Initiative im Sinne einer allgemeinen Anregung zu. Wir können gar nicht und wir wollen nicht, sondern wir folgen dem Antrag des Gemeinderates. Was wir wollen ist ganz einfach eine Ergänzung zum Antrag Ziffer 2. Wir wollen, dass die Vorlage, die im Herbst 2011 kommt und die wir auch im Herbst 2011 vorliegend haben wollen, gleichzeitig mit der Frage der Kinderbetreuung vorliegt. Wir haben eine Vernehmlassungsantwort abgegeben. Ich erinnere an die farbige Übersicht, die wir alle erhalten haben. Daraus ist ersichtlich, welche Partei zu welchen Fragen wie geantwortet hat. Ich appelliere hier insbesondere an die Bürgerlichen, vor allem natürlich an die SVP, die genau in diesen Fragen wie die CVP geantwortet hat. Auch bei der SVP sehe ich ein Nein zu den Fragen der Randstundenbetreuung. Wir wollen im Herbst 2011 nicht nur über die Blockzeiten entscheiden, sondern wir wollen auch gleichzeitig über die Randstundenbetreuung entscheiden. Dies ist der einzige Grund, weshalb wir einen

Zusatzantrag stellen. Auch die Entgegennahme des Gemeinderates zeigt die Berechtigung. Es ist keine Frage in Bezug auf die Initiative, es ist keine Frage, dass wir diese kämpferisch bestreiten wollen. Wir sind sehr klar und deutlich dafür. Deshalb bitte ich insbesondere die bürgerlichen Parteien, dem Antrag zuzustimmen. Wir halten daran fest, dass wir den Antrag von SP/WettiGrünen ablehnen.

Leo Scherer Kleiner: Ich muss dies zurückweisen. In den gesetzlichen Vorschriften steht ganz klar, wenn eine Initiative in der Form der allgemeinen Anregung eingereicht wird, das Parlament, hier der Einwohnerrat, darüber zu befinden hat, ob die Initiative als allgemeine Anregung angenommen wird und damit gleichzeitig die Exekutive beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Bei diesem Initiativtext steht nun mal nichts von ausserfamiliärer Tagesbetreuung, Tagesstrukturen oder ähnliches. Diese ist ganz klar inhaltlich fokussiert auf Blockzeiten an der Primarschule. Fertig, nichts anderes. Ich habe nichts dagegen, dass man versucht, die beiden Stränge materiell zu koordinieren. Aber man kann es nicht formell in einem Paket machen. Was soll ich nun abstimmen? Ich möchte dieser Initiative als allgemeine Anregung zustimmen können und gleichzeitig dem Gemeinderat den Auftrag geben. Ich will aber nicht sagen, ich bin nur dann dafür, wenn auch noch gerade die ganzen Tagesstrukturen überarbeitet werden. Ich will das jetzt nicht sagen müssen, denn das ist erstens nicht traktandiert und zweitens sind die Unterlagen nicht da mit der gleichen Verbindlichkeit wie bei der Initiative. Das ist nicht vorbereitet. Machen Sie einen Vorstoss, der dies verlangt und wir behandeln dies an der nächsten Ratssitzung. Dies sind formell 2 verschiedene Pakete. Man kann sich mit dem einen auseinandersetzen und mit dem anderen auseinandersetzen. Einmal ja sagen, einmal nein sagen. Was soll ich nun sagen? Neinundja, jaundnein. Ich möchte darauf pochen, dass wir formell korrekt sind und wenn dies nicht der Fall ist, lasse ich es abklären.

Marie Louise Reinert: Ich glaube, das ist ein Trojanisches Pferd. Hier ist etwas integriert. Es kommt so einfach daher. Es gibt zu Recht diese Vorschriften, die eine unverfälschte Stimmabgabe sichern. Ich denke auch, dass man dies nicht vermischen darf, sonst tun wir den Initianten unrecht und dem Stimmbürger auch.

Präsident Beat Brunner: Ich sehe, die Diskussion ist erschöpft. Ich schlage vor, dass wir Beschluss fassen. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Wir stimmen erst über den Punkt 1 des gemeinderätlichen Antrages, danach über den Antrag der SP im Rahmen von Punkt 2, dann über den Antrag des Gemeinderates im Rahmen von Punkt 2, dann über den Antrag 3 der CVP und danach die Schlussabstimmung durchführen.

Leo Scherer Kleiner: Ich möchte ganz klar zu Protokoll geben, dass ich persönlich und andere Kolleginnen und Kollegen der Fraktion an dieser Schlussabstimmung nicht beteiligen werden können, falls der Zusatzantrag der CVP im Paket ist.

Vizeammann Heiner Studer: Ich möchte präzisieren: ob dieser Antrag der CVP angenommen wird oder nicht, ändert nichts daran, dass wir gleichzeitig mit den Blockzeiten die Anpassung des Konzeptes Tagesstrukturen vorlegen müssen. Wir müssen dies tun. Materiell wird diese Debatte im nächsten Jahr geführt werden, nicht jetzt.

Abstimmung:

1. Der Einwohnerrat stimmt folgendem gemeinderätlichen Antrag einstimmig zu:

Der Volksinitiative "Umfassende Blockzeiten für Wettingen mit Teamteaching an den Primarschulen der Gemeinde Wettingen" wird im Sinne einer allgemeinen Anregung zugestimmt.

2. Der Einwohnerrat lehnt folgenden Änderungsantrag der SP mit 10 : 37 Stimmen ab:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis Frühling 2011 (spätestens Mai 2011) auf der Basis der Vernehmlassungsvorlage/-ergebnisse eine Vorlage zur Einführung grosser Blockzeiten auf das Schuljahr 2012/2013 zu unterbreiten

3. Der Einwohnerrat stimmt folgendem gemeinderätlichen Antrag einstimmig zu:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis Herbst 2011 auf der Basis der Vernehmlassungsvorlage/-ergebnisse eine Vorlage zur Einführung grosser Blockzeiten auf das Schuljahr 2012/2013 zu unterbreiten.

4. Der Einwohnerrat stimmt folgendem Zusatzantrag der CVP mit 26 : 20, bei 1 Enthaltung, zu:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat zeitgleich mit der Vorlage zur Einführung grosser Blockzeiten auf das Schuljahr 2012/13 die Änderung des Konzeptes zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen zu unterbreiten.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen folgenden Beschluss:

1. Der Volksinitiative "Umfassende Blockzeiten für Wettingen mit Teamteaching an den Primarschulen der Gemeinde Wettingen" wird im Sinne einer allgemeinen Anregung zugestimmt.

2. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis Herbst 2011 auf der Basis der Vernehmlassungsvorlage/-ergebnisse eine Vorlage zur Einführung grosser Blockzeiten auf das Schuljahr 2012/2013 zu unterbreiten.

3. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat zeitgleich mit der Vorlage zur Einführung grosser Blockzeiten auf das Schuljahr 2012/13 die Änderung des Konzeptes zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen zu unterbreiten

Leo Scherer Kleiner: Dies ist kein Enthalten, dies ist eine Nichtbeteiligung. Mir ist es verunmöglicht worden, unmissverständlich meine Meinung kund tun zu können.

Werner Hartmann: Ich möchte klar festhalten, dass dies eine Kopplung der beiden Anliegen war. Wäre ein Postulat zur Abstimmung vorgelegen, wäre es etwas anderes gewesen, dann hätten wir abgestimmt. Das war eine nicht zulässige Kopplung. Es war eine Verletzung der Einheit der Materie, Verstoß gegen die Gemeindeordnung, gegen kantonales Recht. Deshalb haben wir nicht mit abgestimmt.

Präsident Beat Brunner: Ich gehe davon aus, dass hier niemand definitiv und abschliessend beurteilen kann, wer Recht hat. Mehr als die Hälfte des Rates hat sich zustimmend geäussert mit 36 Ja. Wir akzeptieren den gefällten Entscheid, ungeschaut ob sich einzelne Räte an der Abstimmung beteiligt haben oder nicht.

4. **Gebührenreglement Bauwesen, Revision**

Josef Wetzel, Vertreter Geschäftsprüfungskommission: Ich wende mich an Stelle von Rolf Aebi an Sie, der dieses Geschäft normalerweise als GPK-Präsident vorstellen würde.

Die Revision des "Gebührenreglements Bauwesen" wurde nötig, einmal wegen Gesetzes- oder Weisungsänderungen auf Kantonsebene und dann auch wegen Verfahren im Baubewilligungswesen, die nicht mehr nötig oder neu hinzugekommen sind.

Die erste Gruppe von Anpassungen betrifft die Feuerungskontrolle und die Brandschutzkontrolle. Hier hat der Kanton eine neue Weisung zur periodischen Feuerungskontrolle erlassen. Damit hat er einen rechtlich unhaltbaren Zustand beseitigt. Dem trägt nun das vorliegende Reglement Rechnung.

Weiter wurden der Tarifrahmen für amtliche Feuerungskontrollen, die bei neuen oder sanierten Anlagen vorzunehmen sind, erneuert. Und als drittes wurden auch die Gebühren für die Kontrolle von Brandschutzmassnahmen neu geregelt.

Die zweite Gruppe von Anpassungen betrifft Gebühren im Umfeld von Baugesuchen: Hier wurden die Tarife, die bei Projektänderungen gelten, klarer und kostendeckender geregelt. Ausserdem hat man explizit einen Tarifrahmen für die Genehmigung von Sondernutzungsplänen ins Reglement aufgenommen.

Der dritte Bereich von Anpassungen betrifft die Prüfung der Schutzräume. Diese nimmt neu der Kanton vor, womit diverse Gebühren im alten Reglement nicht mehr zur Anwendung kommen.

In der GPK wurde dieses Geschäft zusammen mit dem zuständigen Gemeinderat Daniel Hauser und mit Thomas Berz, einem Fachmann aus der Abteilung "Bau und Planung", behandelt. Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass die Anpassungen materiell gerechtfertigt sind. Die gestellten Fragen wurden kompetent beantwortet und Unklarheiten wurden beseitigt. Die Kommission beurteilt das überarbeitete Reglement als klarer, besser nachvollziehbar und transparenter.

Alle 5 anwesenden Kommissions-Mitglieder haben dem revidierten Gebührenreglement Bauwesen zugestimmt. Somit empfiehlt Ihnen die GPK, dieses Geschäft ebenfalls zu genehmigen.

Abstimmung

Der Revision des Gebührenreglementes Bauwesen wird einstimmig zugestimmt.

5. **Zusatzvertrag zu Vertrag auf Begründung eines selbstständigen und dauernden Baurechts Tägerhard zwischen der Einwohnergemeinde Wettingen und der Ortsbürgergemeinde Wettingen**

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: Ich möchte anregen, dass die Behandlung der Blockzeitenvorlage im Herbst am Ende der Traktandenliste stattfindet. So würden wir uns weniger allein gelassen vorkommen, denn die Tribüne ist nun leer.

Grundsätzlich verweise ich auf die detaillierten Ausführungen „Antrag des Gemeinderates vom 4. November 2010 an den Einwohnerrat“. Ich gehe davon aus, dass der Inhalt dieses Dokumentes dem Einwohnerrat bekannt ist und ich nicht mehr darauf eingehen muss. Ich gehe bei meinen Erläuterungen nur noch auf mir wichtig erscheinende Details ein.

Am 17. Juni 1971 haben die Parteien einen Vertrag auf Einräumung eines selbstständigen und dauernden Baurechts von den Ortsbürgern an die Einwohnergemeinde für die Errichtung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard abgeschlossen. Dieses Baurecht wurde auf 49 Jahre abgeschlossen und läuft am 31. Dezember 2019 aus.

Der damals ausgehandelte Baurechtzins von Fr. 10'000.00 hatte und hat auch heute noch symbolischen Charakter.

Wie bereits dem Protokoll der Ortsbürgerversammlung vom 26. Juni 2001 zu entnehmen ist, war die Höhe dieses Baurechtzinses in der Ortsbürgergemeinde schon damals umstritten. Auch an der Ortsbürgerversammlung vom 23. Juni 2008 war der Baurechtzins ein Traktandum.

Um dem Vorwurf, der in den letzten Jahren immer wieder durch einige Ortsbürger vorgebracht wurde, sie würden durch die Einwohnergemeinde übervorteilt, Rechnung zu tragen, wurde schon früh eine Mediation in der Person von Professor Dr. Thomas Pfisterer zugezogen.

Dieser Mediation und dem guten Willen aller beteiligten Personen ist es zu verdanken, dass wir auch heute wieder ein Vertragswerk vor uns haben. Sowohl die Vertretung der Ortsbürger als auch der Gemeinderat sind der Auffassung, dass das Tägi, in welcher Form auch immer, weiterbetrieben werden soll. Vor diesem Hintergrund soll der bisherige Baurechtsvertrag in seinen Grundgedanken aufrecht erhalten bleiben, gleichzeitig aber nach 40 Jahren der Baurechtzins analog den damaligen Überlegungen (symbolisch) angepasst werden.

Antrag:

Ich empfehle dem Einwohnerrat den „Zusatzvertrag zu Vertrag auf Begründung eines selbstständigen und dauernden Baurechts Tägerhard zwischen der Einwohnergemeinde Wettingen und der Ortsbürgergemeinde Wettingen“ mit einer Verlängerung des Baurechtes bis 31. Dezember 2069 zur Annahme.

Leo Scherer Kleiner: Vielleicht wäre die Tribüne noch voll, wenn die Ortsbürgergemeinde einsehen würde, dass sie eine geschichtlich überholte Institution ist, sich auflöst und das Vermögen der Einwohnergemeinde übermacht.

Thomas Meier: Die CVP-Fraktion wird diesem Antrag voll und ganz zustimmen können. Inhaltlich hat Paul Koller im Namen der Finanzkommission bereits alles gesagt. Auch um Transparenz zu wahren: ich bin Ortsbürger, wie der eine oder andere

hier auch. Auch dass klar ist, dass ich doppelte Partei bin, sowohl Ortsbürger- als auch Einwohnergemeinde. Dementsprechend zu einer Bemerkung im Fraktionsbericht EVP/Forum5430: „Leider hat es die reiche Ortsbürgergemeinde damit verpasst, die Zukunft des tägi als Mäzen zu unterstützen.“ Eine kleine Präzisierung: Ich würde gerne fragen, was wohl das Sommerkonzert und das Wettinger Kammerkonzert, Neujahrskonzert, Scuola cantorum, das Figurentheater, Klosterspiele, Eduard Spörri-Stiftung, der Kirchenchor, der Sport-, Wander- und Freizeitleiter, die Waldschule und weitere soziale Institution miteinander gemeinsam? Sie alle werden jährlich von der Ortsbürgergemeinde mit einem finanziellen Beitrag unterstützt. Wenn man dann noch sieht, dass das Defizit des Forsthauses Muntel, das auch allen Wettingerinnen und Wettingern zur Verfügung steht, jährlich übernommen wird, kommt man in etwa auf einen Betrag von 10 % des Gesamtbudgets 2011. Mäzen sind Personen, die Geld in Kultur, Sport und Allgemeinheit stecken, ohne dass sie einen direkten 1:1 Mehrgegenwert erhalten, als ein normaler Benutzer auch. Dies ist nicht total aussergewöhnlich. Dies ist eine gute Sache und soll auch weiterhin so gemacht werden. Vorgestern in der Ortsbürgergemeindeversammlung führte dies schon zum einen oder anderen Kommentar, dass dies wohl einfach zu wenig publik ist. Auch der Baurechtszins von Fr. 65'000.00 für über 60'000m² Land ist wahrscheinlich eher näher am Mäzenentum als am Abzockertum. Deshalb hat sich auch vorgestern eine grosse Mehrheit der Ortsbürger dazu bekannt, völlig selbstverständlich weiterhin diesen Anteil am kulturellen, sportlichen und Gemeinwohl-Leben beizutragen. Ich hoffe, dass auch ein Grossteil des Einwohnerrates zustimmt oder gar einstimmig dieser Entscheid getroffen werden kann.

Pius Benz: Der Fraktionsbericht der EVP hat mich auch stutzig gemacht. Thomas Meier hat bereits vorgelegt. Es hat keinen Wert, dass ich die Zahlen nochmals runterlese. Es ist offenbar zu wenig bekannt, welche Leistungen die Ortsbürgergemeinde an die Einwohnergemeinde und an die Wettinger Bevölkerung und an die Allgemeinheit erbringt. Was mich an der Vorlage noch gestört hat, ist, wie fehlerhaft der ganze Vertragsentwurf ist. Daten stimmen nicht, Namen stimmen nicht. Ich würde einen besser recherchierten Vertrag erwarten. Ich nehme an, dass im effektiven Vertrag die Fehler noch korrigiert werden. Vielleicht noch etwas zum Baurechtszins. Es sind 65'000 m². Setzt man nur einen Wert von Fr. 100.00/m² ein – ein Baurechtszins wird im Normalfall etwa zu 3 % verzinst – gäbe dies rund Fr. 195'000.00. Das wäre ein realistischer Wert. Im Vertrag sind Fr. 65'000.00. Also sind Fr. 130'000.00 geschenkt.

Andreas Rufener: Es freut uns, dass Sie unseren Fraktionsbericht lesen und dass man sich dazu auch Gedanken macht. Sie haben vorher wunderbar erklärt, was ein Mäzen ist. Genau darum geht es. Es geht darum, dass, wie bekannt ist, die Ortsbürgergemeinde ein Vermögen in zweistelliger Millionenhöhe. Es ist so, dass die Aufgabe der Ortsbürgergemeinde ist, die Wälder und sonstigen Gebiete, die man ihr der Bevölkerung, für Spazierer unterhält usw. oder eben eine Sportanlage macht. Ich habe einen Einblick gesehen. Im Tägerhard haben wir einen riesigen Investitionsbedarf, den wir gerne vornehmen würden. Gleichzeitig sehe ich, wie hoch unsere Einnahmen an einem ganz normalen Tag sind: ein paar Mittagessen im Restaurant und ein paar Eintritte für die Badi. Wenn man so Kleinfuttereinnahmen hat, macht es viel aus, ob man jährlich nochmals Fr. 65'000.00 mehr einnehmen muss oder man dies teilt. Wir unterstützen die Vorlage. Wir wollen ja auch, dass es im tägi weitergeht. Es ist politisch momentan in der Ortsbürgergemeinde klar vorstellig, dass sie dieses Geld dringendst benötigen. Deshalb finde ich es schade, dass man die Chance verpasst hat, eine echte Unterstützung zu machen. Es soll eine Gedankenanstossung gewesen sein für die Ortsbürger, wieviel Geld muss eine Ortsbürgergemeinde horten? Es ist interessant, in anderen Orten sind Ortsbürgergemeinden Konkurs gegangen, weil sie zuviel Unterhalt am Wald gemacht

haben. In Wettingen, wo die Ortsbürgergemeinde viel Geld hat, lebt sie natürlich weiter, weil man schaut, das Geld zusammenzuhalten.

Daniel Frautschi: Ich schlage in die Bresche von Pius. Ich fühle mich als Einwohnerrat nicht in der Lage, den Vertrag zu unterschreiben. Unter Punkt 2 stimmen die Daten nicht, die Grundbuchnummer stimmt auch nicht. Ausserdem schreibt sich der Name des Notariatsassistenten mit ai. Ich erwarte besser vorbereitete Unterlagen in Zukunft.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Ich danke dem Rat für die positive Aufnahme dieses Geschäftes. Man könnte sagen: ein Jahrhundertgeschäft. Ich weiss nicht, wer sich von uns 2069 noch damit beschäftigt. Ich glaube, es ist wichtig, dass man den Vertrag verlängert. Man macht das entsprechend dem bestehenden Vertrag mittels Zusatzvertrag. Das Abschliessen des Vertragswerkes bis 2069 kam auch dank des Mediators zustande. Man kann von Mediatoren halten, was man will. Prof. Dr. Thomas Pfisterer ist ein ausgewiesener Fachmann, ehemals Bundesrichter, Ständerat. Miteinander kamen wir zu einer guten Lösung, bei der keine Partei benachteiligt wurde. Das war auch der Sinn des Ganzen. Dass das Land zur Verfügung gestellt wird zu einem angemessenen symbolischen Betrag. Es ist richtig, im Zusatzvertrag gibt es noch drei Fehler. Ich weise darauf hin, dass dies ein Entwurf ist. Wir haben diesen Entwurf dem Traktandenbericht beilegen wollen. Grundsätzlich ist der Traktandenbericht bereits sehr deutlich ausgeführt. Materiell gibt es ja nichts zu beanstanden. Selbstverständlich werden die Fehler vor Unterzeichnung korrigiert. Ich bitte Sie, diesem Vertrag zuzustimmen, wie dies auch die Ortsbürger getan haben. Es ist gemeinsames Recht und eine gelungene Sache. Wir können hier in die Zukunft schauen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 43 : 3, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

Der Zusatzvertrag zum Vertrag auf Begründung eines selbstständigen und dauernden Baurechts Tägerhard zwischen der Ortsbürgergemeinde Wettingen und der Einwohnergemeinde Wettingen wird genehmigt.

6. Finanz- und Rechnungswesen tägi sport fun kongress

Reto Würmli, Vertreter Finanzkommission: Die Finanzkommission begrüsst die Entscheidung des Gemeinderates, diese Änderung des Finanz- und Rechnungswesen des tägi vorzunehmen.

Es wird neu mit einem gestrafften Kontenplan, eine mehrstufige Erfolgsrechnung, mit den Nebengeschäften Warenhandel, Liegenschaftserfolg und Mietgeschäft Sportutensilien, ausgewiesen. Dazu kommen eine Betriebsbuchhaltung, eine Lagerbuchhaltung und eine Anlagebuchhaltung.

Dadurch wird in Zukunft die Kostentransparenz, ähnlich wie im EWW, steigen. Im ersten Jahr wird die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr nicht gewährleistet sein und darum wird die Finanzverwaltung eine Auswertung mit den „umgerechneten Zahlen“ erarbeiten. Schon jetzt besten Dank dafür.

Diese Änderung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. In Absprache mit der Revisionsstelle, wurde dieses Geschäft in die Finanzkommission zur Kenntnis gebracht

und ich hoffe, dies wird heute Abend auch vom Einwohnerrat wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Von den Neuerungen im Finanz- und Rechnungswesen des tägi sport fun kongress wird Kenntnis genommen.

7. Kreditabrechnung von Fr. 454'859.55 für die Erneuerung und Sanierung Altenburgstrasse, Abschnitt Mythenstrasse bis Zentralstrasse

Werner Hartmann, Vertreter Finanzkommission: Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme der Kreditabrechnung. Aus den Fraktionsberichten habe ich entnommen, dass die Kreditabrechnung nicht bestritten ist. Ich würde gerne Fragen beantworten, falls es welche gibt. Sonst würde ich vorschlagen, dass man der Kreditabrechnung zustimmt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung von Fr. 454'859.55 für die Erneuerung und Sanierung der Kanalisation sowie die Wiederinstandstellung der Altenburgstrasse im Abschnitt Mythenstrasse bis Zentralstrasse wird genehmigt.

8. Kreditabrechnung von Fr. 3'696'681.10 für die Erneuerung der Abwasserkanäle, Werkleitungen und Strassenwiederinstandstellung der Zelg-, Acker- und Rebhaldenstrasse sowie der Scharenstrasse

Werner Hartmann, Vertreter der Finanzkommission: Meine umfassenden Ausführungen zum Traktandum 7 treffen auch vollumfänglich auf dieses Traktandum zu.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Kreditabrechnung in Höhe von Fr. 786'178.30 für die Erneuerung der Abwasserkanäle, Werkleitungen und Strassenwiederinstandstellung der Zelg-, Acker- und Rebhaldenstrasse wird genehmigt.
2. Die Kreditabrechnung in Höhe von Fr. 2'910'502.80 für die Erneuerung der Abwasserkanäle, Werkleitungen und Strassenwiederinstandstellung der Scharenstrasse wird genehmigt.

9. Kreditabrechnung von Fr. 127'631.10 für die Durchführung der Tour de Suisse in Wettingen (Etappenort Ziel und Start) vom 15. und 16. Juni 2010)

Paul Koller, Präsident Finanzkommission: Grundsätzlich verweise ich auf den Antrag des Gemeinderates vom 11. November 2010.

Die Gelegenheit, mit einem Tour de Suisse-Etappenhalt, Wettingen überregional noch bekannter zu machen, wollte der Einwohnerrat Wettingen nutzen und bewilligte am 22. Juni 2009 das Kreditbegehren über Fr. 160'000.00.

Bei der Überprüfung der Unterlagen und Belege wurde mir von der Finanzverwaltung ein detailliertes Dossier mit dem FIBU-Auszug zum Konto 840.318.02 Tour de Suisse 2010 sowie sämtliche zu diesem Konto zugeordneten Belege vorgewiesen. Bei der Prüfung dieser Unterlagen sind mir keine Unstimmigkeiten aufgefallen.

Für die Vermarktung waren kostenintensive Leistungen in der Höhe von Fr. 257'459.10 nötig. Dank dem Effort im Bereich Sponsoring konnten über 50 % der Kosten mit Sponsoringeinnahmen in der Höhe von Fr. 129'828.00 gedeckt werden.

Die Einwohnergemeinde hat sich schlussendlich mit einem Betrag von netto Fr. 127'631.00 an dem Anlass zu beteiligen. Mit einer Kreditunterschreitung von Fr. 32'368.90 kann das Vorhaben Tour de Suisse in Wettingen auch aus finanzieller Sicht positiv abgeschlossen werden.

Antrag:

Ich empfehle dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung von Fr. 127'631.10 für die Durchführung der Tour de Suisse in Wettingen zu genehmigen.

Markus Haas: Die FDP-Fraktion ist mit dem Resultat der Tour de Suisse zufrieden. Die Kreditabrechnung schliesst erfreulich, dank grosszügiger Sponsoren aus dem Kreis des Wettinger Gewerbes, ab. Als Etappenort mit Zielankunft und Start in Wettingen haben wir beachtliche Medienpräsenz erreicht.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung von Fr. 127'631.10 für die Durchführung der Tour de Suisse in Wettingen (Etappenort Ziel und Start) vom 15. und 16. Juni 2010) wird genehmigt.

10. **Postulat Fraktion SP/WettiGrün vom 24. Juni 2010 betreffend Ausdehnung Öffnungszeiten Hallenbad Tägerhard - Entgegennahme**

Barbara Loppacher, Vertreterin der Postulanten: Wir haben vernommen, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennimmt. Dies freut die Fraktion SP/WettiGrün sehr. Dies ist ein wichtiges Anliegen für alle schwimmbegeisterten Wettingerinnen und Wettinger. Ich kann dies bestätigen, da ich häufig im Hallenbad Wettingen bin und immer wieder feststelle, dass es zu Engpässen kommt. Wir sind gespannt auf die weiteren Schritte des Gemeinderates.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Postulat Fraktion SP/WettiGrün vom 24. Juni 2010 betreffend Ausdehnung Öffnungszeiten Hallenbad Tägerhard wird überwiesen.

11. **Interpellation Thomas Meier, CVP, vom 9. September 2010 betreffend Wohnen im Alter in Wettingen**

Thomas Meier, Interpellant: Wohnen im Alter ist ein zentrales Thema für die CVP Wettingen. Wir haben deshalb vor knapp 2 Jahren ein Postulat zu diesem Thema eingereicht. Die Gemeinderätin hat uns damals versprochen, mit Hochtouren die Umsetzung vorzunehmen. Wir möchten am Thema dranbleiben und sind deshalb interessiert daran, wie der Zwischenstand ist und was wir in den nächsten 3 Jahren konkret in diesem Bereich erwarten dürfen.

Gemeinderätin Yvonne Feri: Es ist tatsächlich ein brisantes Thema, aber es geht natürlich nicht alles so schnell im Bauwesen. Wir haben alle diesbezüglich Erfahrungen. Ich kann es vorwegnehmen: Seit Mai 2009 wurden keine weiteren Wohneinheiten für das Alter geschaffen, zumindest nicht, wo wir beteiligt gewesen wären oder Kenntnis davon hätten.

Anfangs 2008 trat die röm.-kath. Kirchenpflege an den Gemeinderat und diverse gemeinnützige Institutionen mit dem Anliegen, die Parzelle Nr. 682 in der Kreuzzelg/untere Geisswiesstrasse bedürfnisgerecht zu überbauen. Aufgrund der peripheren Lage des Grundstückes hat der Gemeinderat die röm.-kath. Kirchenpflege eingeladen, einen allfälligen Landabtausch mit der Parzelle Nr. 1132 im Langäcker/Bifangstrasse zu prüfen.

Die röm.-kath. Kirchenpflege prüfte das Angebot betreffend den Landabtausch ihrerseits und unterbreitete das Geschäft der Kirchgemeindeversammlung. Aus der Versammlungsmitte wurde moniert, dass es nicht primär die Aufgabe der Kirchgemeinde sei, gemeinnützige Aufgaben zur Entlastung der Einwohnergemeinde zu übernehmen. Des Weiteren wurde moniert, dass der Landwert im Gebiet Kreuzzelg vermutlich höher anzusetzen sei als derjenige im Gebiet Langäcker.

In der Folge wurden der Kirchenpflege diverse Aufträge erteilt und festgelegt, dass deren Resultate im Rahmen der nächsten Kirchgemeindeversammlungen zu präsentieren seien.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass das Gebiet Langäcker innert nützlicher Frist zu entwickeln sei und dies unabhängig von den noch offenen Fragen betreffend die Bauträger und/oder Grundeigentümerschaft. Aufgrund dieser Ausgangslage hat der Gemeinderat im März 2010 den Gemeindeammann und mich beauftragt, mit der katholischen Kirchenpflege und der Gemeinnützigen Gesellschaft Wettingen an einem gemeinsamen Gespräch die Festlegung der weiteren Projektschritte zu besprechen. Aufgrund der offenen Situation wurde vereinbart, dass die Einwohnergemeinde die Federführung für das Projekt Langäcker übernimmt und die weiteren Abklärungen mit der GGW vorantreibt. Gleichzeitig soll der römisch-katholischen Kirchenpflege die Möglichkeit offen gelassen werden, das Projekt bei Bedarf und aufgrund von noch zu fällender Entscheide seitens der Kirchgemeindeversammlung zu übernehmen und weiterzuführen.

Am 16. September 2010 hat der Gemeinderat die GGW eingeladen, einen Wettbewerb über die Parzelle im Langäcker durchzuführen und mit den zuständigen Stellen der Gemeinde mögliche Raumprogramme in Bezug auf altersgerechtes Wohnen, Pflegewohnungen, Kinderkrippe und Kindergarten zu erarbeiten. Die kath. Kirchenpflege wurde eingeladen, zu gegebenem Zeitpunkt, jedoch spätestens per Ende 2011, mitzuteilen, ob sie weiterhin an einem Landabtausch Langäcker/Kreuzzelg interessiert ist und in der Folge als Baurechtsgeberin/ Grundstückveräusserin gegenüber der GGW auftreten möchte.

Zurzeit werden die erteilten Aufträge ausgeführt, so dass Ende 2010 / Anfang 2011 die Nutzungen und baulichen Möglichkeiten der GGW auf der Parzelle im Langäcker dem Gemeinderat unterbreitet werden können.

Dies ist unsere Antwort zur Frage 1. Es ist zu erwähnen, dass im Moment bereits wieder Neuerungen der Bau- und Planungsabteilung auf den Tisch kommen. Sie sind mit Hochdruck am arbeiten.

Die Frage 2 kann beantwortet werden, wenn ein Projekt zur Umsetzung ausgewählt worden ist und die Bauphase konkret geplant ist.

Es ist aber so, wenn grössere Bauten anstehen, wir momentan immer prüfen, ob die Möglichkeit besteht, Wohnen im Alter umzusetzen, in welcher Form auch immer (Pfleghwohnungen, betreutes Wohnen, hindernisfreies Wohnen). Wir haben auch noch ein Postulat hängig der SP-Fraktion, bei dem es um den Zentrumsplatz geht. Ich kann Ihnen versichern, dass wir bei den grösseren Sachen immer ein Auge darauf haben.

Thomas Meier: Wir nehmen die Antwort zur Kenntnis und werden im Rhythmus von 2 Jahren wieder nachfragen und hoffe im Interesse von uns allen, dass dieses Thema mit Hochdruck weiterbearbeitet wird. Ich zweifle nicht am Willen. Früher oder später müssen wir eine Umsetzung sehen. Vielleicht kommt das auch über einen anderen Platz. Es ist heikel, wenn man es nur auf ein Projekt abstimmt. Wenn man dies macht, müsste man dort wirklich mit Hochdruck dranbleiben. Das war vielleicht nicht immer der Fall. Wir nehmen den guten Willen entgegen und sind der Meinung, dass dies im Sinn von allen ist, wenn vorwärts gemacht wird.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation Thomas Meier, CVP, vom 9. September 2010 betreffend Wohnen im Alter in Wettingen wird Kenntnis genommen.

Schluss der Sitzung: 20.40 Uhr

Wettingen, 9. Dezember 2010

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates
Präsident**

Beat Brunner

Protokollführerin

Daniela Betschart